

## Übersicht

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 16. Sitzung am 31.01.2013 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
.	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	<b>PVA 84/13</b> Änderung der TOP-Reihenfolge	<b>einstimmig</b> , Seite 5
1.	Niederschrift über die 15. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 21.11.2012	anerkannt	
2.	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.11.2012: Radverkehrskonzept des Rhein-Sieg-Kreises - Aufnahme eines Radweges parallel zur K 20 in Troisdorf	Zunächst Beratung im Workshop, dann erneute Vorlage im Ausschuss	Einvernehmen, Seite 6
2 a	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 25.01.2013: Verkehrschaos verhindern durch wirksame Maßnahmen	<b>PVA 86/13</b> Zustimmung zum CDU-Beschluss-Vorschlag einschl. Ergänzungen	<b>einstimmig</b> , Seite 10/11
3.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.12.2012: "Bahn-/Güterverkehr stärken - Bahnlärm wirksam und nachhaltig bekämpfen"	Interfraktionelle Vorbereitung einer Resolution	Einvernehmen, Seite 12
3 a	Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013: TaxiBus-Verkehre durch die Ahrweiler Verkehrsbetriebe	Kenntnisnahme	
4.	Kreisentwicklungsplan 2020 Potentiale des Schienengüterverkehrs in der Region Bonn/Rhein-Sieg	<b>PVA 85/13</b> Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung	<b>einstimmig</b> , Seite 16
<b>5.</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>		
5.1	Stand der Verhandlungen zur Qualitätsvereinbarung Linie 66 mit der SWBV	Kenntnisnahme	
5.2	Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 16 in der Hauptverkehrszeit zwischen Wesseling, Bornheim und Bonn Hbf - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	
5.3	Barrierefreier Ausbau Stadtbahnlinie 16 - Sachstandsbericht zur Bahnsteiganhebung -	Kenntnisnahme	
5.4	"Zukunft des ÖPNV im kreisangehörigen Raum" Thesenpapier des Landkreistages NRW	Kenntnisnahme	

TO.- Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs- ergebnis
<b>5.5</b>	<b>Aktuelle Mitteilungen und Anfragen</b>		
5.5 a	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.01.2013: Beabsichtigte Kürzung der Mittel für den Straßenbau in NRW	Kenntnisnahme	
5.5 b	Rheinbrückensanierung Strategiekonferenz bei der Stadt Bonn am 29.01.2013	Kenntnisnahme	
5.5 c	Parkplätze an der B 56 zwischen Bonn-Duisdorf und Swisttal-Buschhoven	Kenntnisnahme	
5.5 d	VRS-Förderprojekt "Kommunales Mobilitätsmanage- ment"	Kenntnisnahme	
5.5 e	Ausbau der RB 23 - Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Bahn	Kenntnisnahme	
	<b>Nichtöffentlicher Teil</b>		
6.	Mitteilungen und Anfragen		

**Es gibt keine Beschlussempfehlungen für den Kreisausschuss/Kreistag.**

## Niederschrift

über die in der 16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses des Rhein-Sieg-Kreises am 31.01.2013 gefassten Beschlüsse:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:04 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:20 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 21.01.2013  
**1. Einladungsnachtrag vom:** 25.01.2013  
**2. Einladungsnachtrag vom:** 25.01.2013

### Anwesende Mitglieder:

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch  
 Herr Bruno Görg in Vertretung für Abg. Mersch  
 Herr Marcus Kitz  
 Herr Oliver Krauß  
 Herr Tim Salgert  
 Herr Helmut Weber  
 Herr Frank Zähren

#### Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht  
 Frau Ute Krupp bis 17.55 Uhr  
 Herr Jürgen Kusserow  
 Herr Dietmar Tendler

#### Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Lisa Anschütz  
 Herr Martin Metz  
 Herr Ingo Steiner

#### Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

#### Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch bis 17.00 Uhr  
 Herr Frederic Tewes

#### Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Volker Heinsch in Vertretung für SkB Schlömer, bis 17.15 Uhr

#### Sachkundige/r Bürger/innen FDP

Herr Klaus Reker bis 17.15 Uhr

#### Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Frank Kemper

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Schriftführerin

Frau Ursula Hillebrand

**Entschuldigt fehlten:**

Frau Abg. Renate Mersch (CDU)

Herr Abg. Hermann-Josef Nöthen (FUW/BfM)

Herr SkB Dirk Schlömer (SPD)

**Vertreter/-innen der Verwaltung:**

Planungsdezernent Jaeger

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg

KBOR'in Strüwe

KVR Pütz

KAR Lülsdorf

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir

Dipl.-Ing. Habedank

Dipl.-Ing. Geerling

Dipl.-Geogr.'in Kollmann

**Gäste:**

Dr. Klaus Esser - KE-Consult Kurte & Esser GbR Wirtschafts- und Verkehrsberatung Köln

Jens Schmitz - Geschäftsführer Ahrweiler Verkehrsbetriebe

Rainer Künicke - Betriebsleiter Ahrweiler Verkehrsbetriebe

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte die Ausschussmitglieder, die Gäste, die Verwaltung und die Vertreter der Presse. Er stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest und wies darauf hin, dass die Tagesordnung durch die zwei Nachträge vom 25.01.2013 um die Tagesordnungspunkte 2 a „Antrag der CDU-Fraktion vom 25.01.2013: Verkehrschaos verhindern durch wirksame Maßnahmen“ und 3 a „Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013: TaxiBus-Verkehre durch die Ahrweiler Verkehrsbetriebe“ erweitert wurde sowie zu TOP 5.5 „Aktuelle Mitteilungen und Anfragen“ eine Anfrage der CDU-Fraktion vom 24.01.2013 zur beabsichtigten Mittelkürzung für den Straßenbau in NRW nachgereicht wurde. Zusätzlich wurde mit Nachsendung vom 29.01.2013 zu TOP 2 a ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2013: „Verkehrseinschränkungen durch Straßensanierungen mildern - effiziente und ökologische Maßnahmen vorantreiben“ nachgereicht.

Der Vorsitzende schlug vor, TOP 4 „Potentiale des Schienengüterverkehrs“ vorzuziehen, da der Gutachter heute anwesend sei und die Ergebnisse vorstellen könne.

**B.-Nr.:**  
**84 /13**

**Der Tagesordnungspunkt 4 wird unmittelbar im Anschluss an TOP 1 beraten.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**einstimmig**

**Anmerkung der Schriftführerin:**

**Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in der Niederschrift die ursprüngliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.**

1	Niederschrift über die 15. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 21.11.2012	
---	--	--

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

2	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 28.11.2012: Radverkehrskonzept des Rhein-Sieg-Kreises - Aufnahme eines Radweges parallel zur K 20 in Troisdorf -	
---	---	--

Abg. Bausch wies darauf hin, dass die Verwaltung zum Radverkehrskonzept in Kürze einen Workshop plane. Seine Fraktion sei deshalb damit einverstanden, den Antrag zunächst dort zu diskutieren und anschließend dem Ausschuss mit den Ergebnissen erneut vorzulegen.

Planungsdezernent Jaeger bestätigte, dass der Workshop mit zwei Vertretern je Fraktion (verkehrspolitischer Sprecher und ein weiteres PVA-Mitglied) sowie weiteren Vertretern der Verbände im März geplant sei. Inhaltlich gehe es um die Potentiale des Radverkehrs für die Mobilität der Zukunft und die damit verbundenen Maßnahmen und politischen Zielsetzungen.

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya ergänzte, aus organisatorischen Gründen solle der Termin in der heutigen Sitzung fixiert werden. Vorgeschlagen werden der 04.03, 05.03. oder 06.03.2013, wobei die ersten beiden Tage präferiert werden.

Abg. Tendler wies darauf hin, der vorhandene Radweg an der K 20 sei zwischen Troisdorf-Mitte und Lohmar, im Bereich Altenrather Straße und Eisenweg, in einem so schlechten Zustand, dass er von Radfahrern je nach Jahreszeit überhaupt nicht genutzt werden könne. Dies liege zum Teil auch daran, dass der Radweg lediglich eine wassergebundene Decke aufweise, die einem hohen laufenden Unterhaltungsaufwand unterliege. Bevor man einen neuen Radweg baue, stelle sich daher die Frage, ob man nicht den bereits vorhandenen Radweg in einen dauerhaft nutzbaren Zustand bringen sollte.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, die Entscheidung über den Antrag werde mit Einverständnis der antragstellenden Fraktion auf eine Sitzung nach dem Workshop vertagt.

Es bestand Einvernehmen, die Terminabstimmung für den Workshop zusammen mit den verkehrspolitischen Sprechern unmittelbar im Anschluss an die Sitzung vorzunehmen.

Anmerkung der Schriftführerin:

Der Workshop findet am 04.03.2013, ab 15.00 Uhr, Raum B 1.14 statt.

2 a	Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 25.01.2013: Verkehrschaos verhindern durch wirksame Maßnahmen	
-----	---	--

Der Vorsitzende wies nochmals darauf hin, dass die Tagesordnung durch den 2. Nachtrag vom 25.01.2013 um diesen Punkt erweitert wurde, und dass zu diesem Thema ein weiterer Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2012 eingegangen und mit Nachsendung vom 29.01.2013 nachgereicht worden sei.

Abg. Bausch erläuterte, der Antrag seiner Fraktion knüpfe an das in der letzten Sitzung von Herrn Minten vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgestellte Sanierungskonzept an. Die sog. Ertüchtigungsmaßnahmen sollen bereits Ende März diesen Jahres beginnen. Die notwendigen Sanierungsarbeiten werden in den nächsten Jahren zu erheblichen Verkehrsproblemen in unserer Region führen. Man sollte deshalb alle Anstrengungen unternehmen, die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Hierzu gehören nach Auffassung seiner Fraktion auch die vier im Antrag genannten Punkte. Es sei zwar bekannt, dass die Verwaltungen in Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis bereits Gespräche aufgenommen haben. Dennoch sollten die im Antrag zusammengefassten Punkte zur Verfahrensweise heute nochmals ausdrücklich beschlossen werden, weil das Thema eine solche Brisanz und eine so starke Auswirkung auf die gesamte Bevölkerung habe. Die Punkte seien als erster Anstoß seitens der Politik zu verstehen, die die Pflicht habe, die notwendigen Sanierungsarbeiten zu begleiten und dafür Sorge zu tragen, dass die Einschränkungen so gering wie möglich gehalten werden. In diesem Zusammenhang gebe es auch noch konkrete Überlegungen der Koalitionsfraktion, die in einem weiteren Antrag zusammengestellt seien und heute hier mitberaten werden sollten.

Abg. Metz schloss sich den Äußerungen des Abg. Bausch an. Es bestehe Einigkeit

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

darüber, dass den Verkehrsteilnehmern in der Region erhebliche Einschränkungen bevorstehen. Auch wenn man nicht in allen Infrastrukturangelegenheiten einer Meinung sei, müsse die Politik gemeinsam die Verantwortung übernehmen und alles dafür tun, um die Auswirkungen der Sanierungsmaßnahmen so weit wie möglich abzumildern. Hierfür sei jede Idee willkommen. Seine Fraktion begrüße ausdrücklich das 4-Punkte-Programm der CDU, mit dem noch einmal deutlich gemacht werde, dass man sich - auch politisch - von Anfang an dafür einsetze, Maßnahmen zur Abmilderung der Verkehrseinschränkungen zu finden und voran zu treiben. Hierbei müssen alle für die Region Bonn/Rhein-Sieg Verantwortlichen an einem Strang ziehen. In dem Antrag seiner Fraktion seien noch einmal alle Maßnahmen, Untersuchungen und Fragestellungen zusammengefasst dargestellt, die als wichtig zur Bewältigung eines möglichen Verkehrschaos angesehen werden, auch wenn sie zum Teil schon häufiger hier diskutiert worden seien. Neu hinzugekommen sei z.B. die Prüfung der Kapazität und Auslastung sowie der evtl. Ausbau der Park & Ride und der Bike & Ride-Plätze. Gleiches gelte für die genannten Optimierungsmaßnahmen an den Autobahnen. Aufgrund der Kurzfristigkeit des Antrages und der Vielzahl der Einzelpunkte schlage er für das weitere Verfahren vor, die Verwaltung zu bitten, alle Punkte bei ihrer weiteren Arbeit zu berücksichtigen und die Ergebnisse der Prüfaufträge in einer Beschlussvorlage dem Ausschuss zur Entscheidung bzw. ggf. zur Vorberatung für KA/KT vorzulegen. Dann könne man heute auf eine Abstimmung der Einzelpunkte verzichten.

Abg. Tendler bemerkte, ein Presseartikel berichte über die gemeinsame Konferenz in Bonn und sei übertitelt mit „Strategien gegen Staus gesucht“. Das treffe genau den Kernpunkt des Themas. Herr Siegberg werde gleich noch die Ergebnisse der Strategiekonferenz vorstellen. Seine Fraktion sehe ein wichtiges Instrument darin, alle Akteure zusammen zu bringen und gemeinsam Lösungsstrategien zu erarbeiten. Insofern teile er die Ausführungen der Abg. Bausch und Metz. Es gebe nicht nur eine Lösung auf der Schiene oder auf der Straße, sondern die Lösung liege sicherlich in einem Mix der Verkehrsmittel, wobei man auch über unkonventionelle Lösungen nachdenken sollte. Seine Fraktion denke an einen verstärkten Einsatz im ÖPNV. Auch müsse man den Rhein als Verkehrsstraße in die Überlegungen mit einbeziehen, z.B. durch den Einsatz von Taxibooten oder der Intensivierung des Fährverkehrs. Es müsse einfach gelingen, den Individualverkehr und damit die Autos auf den Straßen zu verringern. Deshalb sollte man auch über den Einsatz von Schnellbussen noch einmal nachdenken. Alle Überlegungen können in der Addition zur Entlastung des Verkehrsproblems führen. Was die Region aber nicht weiterbringe, seien die in der Begründung des CDU-Antrages erneut angesprochenen Maßnahmen „Venusbergtunnel/Ennertaufstieg“.

Planungsdezernent Jaeger wies darauf hin, dass viele der im Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN genannten Punkte zum planerischen Handwerkszeug der Verkehrswirtschaftler gehören und schon allein deshalb in die Überlegungen mit einbezogen würden. Für die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs sei Herr Siegberg mit dem Straßenverkehrsamt bzw. das Dezernat der Kreisdirektorin zuständig. Das Planungsdezernat arbeite mit dem Straßenverkehrsamt eng zusammen.

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg berichtete, die Zuständigkeit für das Sanierungskonzept liege nicht mehr allein beim Autobahnamt Krefeld, sondern die einzelnen Bauabschnitte werden von der Zentrale in Gelsenkirchen unter dem Projektleiter Mario Korte koordiniert und von dem ABA Krefeld und dem Landesbetrieb Straßen.NRW, Außenstellen Vile/Eifel und Rhein-Berg, unterstützt. Die Strategiekonferenz am 29.01.2013 in Bonn sei aus Sicht der Verwaltung ein großer Erfolg, denn

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

alle mit den Anträgen und in den heutigen Wortbeiträgen genannten Punkte seien dort angesprochen worden. Die teilnehmenden Verwaltungen aus Bonn, Köln und dem Rhein-Sieg-Kreis sollen jetzt noch ergänzt werden um den Rheinisch-Bergischen-Kreis und den Oberbergischen Kreis, weil viele Betriebe aus diesem Bereich linksrheinisch arbeiten. Sehr zufrieden mit der Konferenz waren auch die IHK und die Handwerkskammer, die erstmals über die konkreten Ablaufpläne, die Herr Minten vom Landesbetrieb dem Ausschuss in der letzten Sitzung vorgestellt habe, informiert worden seien. Die Probleme des ÖPNV seien ebenfalls angesprochen worden. Neben den Verkehrsunternehmen SWB und RSVG seien auch die DB Netz AG sowie das Polizeipräsidium Bonn und die Autobahnpolizei, die sich ebenfalls schon sehr intensiv mit den Baumaßnahmen beschäftigt haben, vertreten gewesen. Als erster und wichtiger Punkt sei vereinbart worden, die Öffentlichkeitsarbeit zu intensivieren. Die Stadt Bonn werde alle Pressestellen der beteiligten Behörden und Unternehmen zu einer weiteren Konferenz einladen, um gemeinsam festzulegen, wie die Öffentlichkeit über die zu erwartenden Verkehrseinschränkungen informiert werden könne. Der Projektleiter, Herr Korte, gehe davon aus, dass der Verkehr zwar stocken, aber dem Grunde nach laufen werde, da die Arbeiten in der Hauptverkehrszeit (HVZ) unter Beibehaltung aller Fahrspuren durchgeführt werden. Die Verwaltungen halten dies nicht für realistisch und haben deshalb eine Simulation der gesamten Verkehre gefordert. Allein die Geschwindigkeitsbeschränkung auf 60 km/h führe bei dem hohen Verkehrsaufkommen in der HVZ zwangsläufig zu Staus.

Um das Ausmaß und die Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz abschätzen und dann mit den entsprechenden Maßnahmen (ÖPNV, Fähren usw.) reagieren zu können, brauche man die Simulation. Der Landesbetrieb weigere sich aus finanziellen Gründen. In der Konferenz sei deshalb mit Unterstützung der Stadt Köln entschieden worden, den Verkehrsminister durch Herrn Landrat Kühn und Herrn Oberbürgermeister Nimptsch zu bitten, eine solche Simulation schnellstmöglich durchführen zu lassen und die Ergebnisse mit den betroffenen Kommunen zu erörtern. Im Vorfeld sei bereits vereinbart worden, auch die verkehrsrechtliche Anordnung mit allen Beteiligten abzustimmen.

Wie in der Konferenz zu erfahren war, habe die Bezirksregierung die Anordnung bereits fertig gestellt und stehe kurz vor Genehmigung des vom Landesbetrieb Straßen.NRW vorgeschlagenen Bauverfahrens. Herr Stadtbaurat Wingefeld habe deshalb die Bezirksregierung schriftlich gebeten, vor Herausgabe der verkehrsrechtlichen Anordnung mit den Fachleuten des Landesbetriebs und der Verwaltungen ein Abstimmungsgespräch zu führen.

Die Schreiben an den Verkehrsminister und die Bezirksregierung sind der Niederschrift als **Anlage 1 und 2 a** beigefügt.

Anmerkung der Schriftführerin:

Inzwischen liegt auch die Antwort der Bezirksregierung vor (s. **Anlage 2 b**).

Nach Zusage des Landesbetriebs Straßen.NRW werde die L 183n im Herbst 2014 fertig gestellt. Ebenso sei zugesagt, dass der zweispurige Ausbau der B 56 zwischen Bundesgrenzschutzstraße in Sankt Augustin-Hangelar und AS Vilich-Mülldorf bis Ende 2014 beendet werde. Angesprochen worden seien auch die potentiellen Auswirkungen des zu erwartenden Stauverkehrs auf der Nordbrücke auf den ÖPNV der umliegenden Straßen. Hier müsse u.a. dafür Sorge getragen werden, dass die separate Busspur auf der L 269 zwischen Niederkassel und Bonn-Nord vom Pkw-Verkehr freigehalten werde. Darüber hinaus müssen auch die längeren Fahrzeiten beim Rettungsdiensteinsatz bedacht werden. Alle Maßnahmen sollen in konkreten Arbeitsgruppen begleitet werden. Die Verwaltung werde den Ausschuss regelmäßig über die Ergebnisse informieren.



16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya ergänzte, der Landesbetrieb Straßen.NRW habe in der Konferenz ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Kosten für evtl. Taktverdichtungen oder das Einrichten von Schnellbus-Linien nicht vom Landesbetrieb übernommen werden, sondern von den betroffenen Kommunen bzw. dem Aufgabenträger finanziert werden müssen.

Abg. Bausch äußerte an Herrn Abg. Tandler gewandt, Maßnahmen, die der Region etwas bringen, seien von den Gutachtern (den Fachleuten) aufgezeigt worden und das seien nun mal der Venusbergtunnel und die Südtangente. Seine Fraktion werde deshalb auch weiterhin diese wichtigen Maßnahmen ganz offensiv in den Vordergrund stellen.

Abg. Metz bemerkte, die unterschiedlichen Einschätzungen über das Thema Südtangente und Ennertaufstieg seien bekannt. Seine Fraktion halte die Aussagen des Gutachters in diesem Bereich nicht für eine Lösung mit Perspektive für die Region, da die Maßnahmen auch viele Nachteile mit sich bringen würden. Aber darüber könne man durchaus auch anderer Meinung sein. Einigkeit sollte allerdings darüber bestehen, dass für die jetzt anstehenden Brückensanierungen beide Maßnahmen keine Relevanz mehr haben werden.

Er dankte Herrn Sieberg für den ersten Zwischenbericht. Da sich die Sanierungsmaßnahmen über viele Jahre erstrecken, sollte dies zum Anlass genommen werden, den Verkehr in der Region zu harmonisieren und zu verbessern und dazu gehören, wie Herr Abg. Tandler bereits betont habe, alle Verkehrsträger. Das habe seine Fraktion auch in Ihrem Antrag berücksichtigt. Die P&R-Plätze sollten auf jeden Fall überprüft werden. Wenn z.B. ein P&R-Platz in unmittelbarer Nähe einer zu sanierenden Brücke (z.B. in Ramersdorf) jetzt schon ständig belegt sei, dann müsse dies dringend geändert werden. Im Zusammenhang mit der Sanierung des Tausendfüßlers sollte auch die Möglichkeit geprüft werden, den Verkehr auf der A 565 aus Richtung Meckenheim vor dem Tausendfüßler im Bereich des „Endenicher Ei“ abzuleiten. Die grundsätzliche Infrastruktur hierfür sei im Bereich der AS Poppelsdorf bereits vorhanden. Sie sei aus verkehrsplanerischen Gesichtspunkten bisher nur nicht genutzt worden. In diesem Sinne sei der Antrag seiner Fraktion zu verstehen. Er solle den ein oder anderen Punkt, der bereits geprüft werde, unterstützen und die ein oder andere zusätzliche Anregung geben, um das „Verkehrschaos“ so gering wie möglich zu halten.

Abg. Tandler interessierte sich nach der ersten positiven Bilanz der Strategiekonferenz für die weitere Organisation der Arbeit.

Straßenverkehrsamtsleiter Sieberg antwortete, sowohl die Verwaltungen als auch die Verkehrsbetriebe und die Polizei haben verantwortliche Ansprechpartner benannt, die alle Informationen sammeln und die weitere Koordination übernehmen. Bei der Stadt Bonn sei dies der Leiter des Tiefbauamtes, Herr Bergmann. Beim Rhein-Sieg-Kreis sei das Straßenverkehrsamt mit der Koordination der Angelegenheit beauftragt worden. Bevor allerdings ganz konkrete Maßnahmen festgelegt werden könnten, müsse das Ergebnis der Verkehrssimulation abgewartet werden. Bezogen auf die P&R-Plätze äußerte er, in Sankt Augustin-Hangelar werden bereits 100 zusätzliche Stellplätze errichtet.

Abg. Dr. Kuhlmann dankte Herrn Sieberg für den ersten Bericht und die Bereitschaft, den Ausschuss fortlaufend zu informieren. Die Verwaltung sei auf einem guten Weg. Insofern halte er eigentlich die Anträge der beiden anderen Fraktionen für obsolet.

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, schlug vor, die beiden Anträge als „Brainstorming“ für die Verwaltung zu betrachten. Die Verwaltung sollte auf der Grundlage der beiden Anträge bis zur nächsten Sitzung eine Vorlage mit konkreten Maßnahmen und der damit in Zusammenhang stehenden möglichen Kosten vorbereiten. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung dies für machbar halte.

Planungsdezernent Jaeger erklärte, er habe dem bisherigen Beratungsverlauf entnommen, dass die in den Anträgen zum Teil sehr detailliert enthaltenen Anregungen von der Verwaltung aufgegriffen und in die Arbeit mit einbezogen werden sollen.

Abg. Bausch betonte, er sehe den Antrag seiner Fraktion nicht als obsolet an. Er glaube, die genannten Punkte seien richtig und zielführend und enthalten einen allgemeinen Auftrag an die Verwaltung, der durch den heutigen Bericht von Herrn Siegberg noch nicht erledigt sei. Insofern bitte er, den Antrag heute auch zur Abstimmung zu stellen. Ob die Beschlussfassung anschließend auch noch dem Kreis-ausschuss/Kreistag vorgelegt werden solle, werde seine Fraktion zu einem späteren Zeitpunkt erörtern.

Abg. Metz machte deutlich, er unterstütze für seine Fraktion die Äußerungen des Abg. Bausch. Eine politische Willensäußerung mache im Rahmen eines solchen Prozesses durchaus Sinn. Er wiederholte daher nochmals seinen bereits zu Beginn der Beratungen formulierten Verfahrensvorschlag: Über den CDU-Antrag sollte heute abgestimmt und der Antrag seiner Fraktion mit Zusicherung der Verwaltung, die einzelnen Punkte zu prüfen und in eine Entscheidungsvorlage für eine der nächsten Sitzungen mit einzubeziehen, zurückgestellt werden.

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg bat den Ausschuss zusätzlich um Unterstützung bei dem Wunsch der Verwaltung, dass das Land alle Maßnahmen mit den beteiligten Kommunen abstimme.

(Anmerkung der Schriftführerin: s. Nr. 1, Zeile 2 des Beschlusses „in Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften“)

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, unterstützte dies und ergänzte, in den Beschluss sollte ebenfalls aufgenommen werden, dass der Ausschuss erwarte, dass die Verkehrssimulation vom Land durchgeführt werde.

(Anmerkung der Schriftführerin: s. Nr. 5 des Beschlusses)

Hierüber bestand Einvernehmen.

Der Vorsitzende stellte den entsprechend ergänzten Beschlussvorschlag aus dem CDU-Antrag zur Abstimmung.

**B.-Nr.:**  
**86/13**

**Der Planungs- und Verkehrsausschuss beschließt:**

1. **Der Landesbetrieb Straßen wird aufgefordert, ein zeitlich abgestimmtes und optimiertes Sanierungskonzept vorzulegen und in Abstimmung mit den betroffenen Gebietskörperschaften alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die drohende Staugefahr nicht zu einer unerträglichen Belastung für die auf Mobilität angewiesenen Menschen in der Region wird. Der Landesbetrieb wird darüber hinaus aufgefordert, gemeinsam mit den kommu-**

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**nenal Straßenverkehrsbehörden eine Arbeitsgruppe einzurichten, die die Verkehrsentwicklung laufend beobachtet und mögliche und notwendige Maßnahmen zur Verkehrsentslastung ergreift.**

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, gemeinsam mit der Verwaltung der Stadt Bonn die aus ihrer Sicht möglichen Verkehrsentslastungsmaßnahmen zu prüfen und umzusetzen. Hierzu gehören insbesondere ein verstärkter Einsatz des ÖPNV sowie die Nutzung des Fährverkehrs.
3. Die Verwaltung wird aufgefordert, möglichst in Abstimmung mit der Verwaltung der Stadt Bonn die Bürgerinnen und Bürger der Region laufend über die Verkehrsentwicklung mittels Internet und Radio zu unterrichten und auf die Ausweichmöglichkeiten bzw. Umleitungen hinzuweisen.
4. Der Landrat wird gebeten zu prüfen, den Bürgerinnen und Bürgern des linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreises Behördengänge zur Kreisverwaltung in der Form zu ermöglichen, dass entsprechende Anlaufstellen, Termine und Beratungsangebote im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis zur Verfügung gestellt werden können.
5. Es wird erwartet, dass der Landesbetrieb Straßen.NRW eine Verkehrssimulation unter Betrachtung des Gesamtnetzes einschließlich der absehbaren anderweitigen Baumaßnahmen durchführt und deren Ergebnisse mit den betroffenen Kommunen erörtert.

**Abst.- einstimmig**  
**Erg.:**

3	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 03.12.2012: "Bahn-/Güterverkehr stärken - Bahnlärm wirksam und nachhaltig bekämpfen"	
---	--	--

Abg. Tendler erläuterte, der Antrag seiner Fraktion enthalte Hinweise, um dem Thema auch technisch gerecht zu werden. Die Punkte 1-5 seien zwar im Wesentlichen durch das heute vorgestellte Gutachten geklärt worden, aber die Punkte 6-8 sollte der Kreistag auf jeden Fall vom Bund einfordern.

Abg. Bausch machte deutlich, er habe an dieser Stelle etwas konkretere Erläuterungen erwartet. Seine Fraktion trete auch für die Zielsetzung „Bahnlärm vermeiden“ ein, könne sich aber nicht mit den einzeln formulierten Punkten identifizieren. Punkt 3 „die Ungeeignetheit der Rhein-Sieg-Strecke als Ausweichroute“ sei z.B. eine Vornahme fachlicher Prüfungen, deren Ergebnisse seine Fraktion gerne abwarten würde. Er empfehle, die grundsätzliche Zielsetzung etwas mehr zu präzisieren und die Forderungen in kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen aufzuteilen.

Abg. Tendler betonte, man könne sich gerne interfraktionell über die Maßnahmenforderungen verständigen und eine gemeinsame Resolution verfassen.

Abg. Metz erklärte, Bahnlärm sei ein elementares Thema. Lärm mache krank - unabhängig von der Quelle. In den letzten Monaten habe man sich - auch hier im Aus-

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

schuss - intensiver mit dem Thema beschäftigt. Wenn man etwas erreichen wolle, müsse man jetzt auch eine Entscheidung treffen. Da die Verantwortung im Wesentlichen beim Bund und dem Betreiber der Schieneninfrastruktur, der DB Netz AG, liege, könne der Rhein-Sieg-Kreis nicht selber tätig werden, aber er könne versuchen, über politischen Druck Veränderungen zu erwirken. Resolutionen seien ein probates und richtiges Mittel. Wichtig sei hierfür allerdings, dass sie konkrete Forderungen enthalten und möglichst breit getragen werden. Er sei deshalb dankbar für den Verfahrensvorschlag von Herrn Abg. Tandler.

Abg. Krauß begrüßte ebenfalls den Verfahrensvorschlag.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, stellte fest, es bestehe Einvernehmen, sich zunächst interfraktionell über konkrete Maßnahmenforderungen zu verständigen und eine gemeinsame Resolution vorzubereiten.

3 a	Antrag der SPD-Fraktion vom 23.01.2013: TaxiBus-Verkehre durch die Ahrweiler Verkehrsbetriebe	
-----	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Geschäftsführer Schmitz und Herrn Betriebsleiter Künicke von den Ahrweiler Verkehrsbetrieben, die ihre Bereitschaft signalisiert haben, evtl. Fragen zu beantworten. Er stellte noch einmal klar, dass es zwar bei der Umstellung der betroffenen Linien auf TaxiBus-Verkehre bei den Ahrweiler Verkehrsbetrieben Probleme gegeben habe, dies aber keine Probleme des TaxiBus-Konzeptes insgesamt seien. Bei den anderen Verkehrsgesellschaften sei die Einführung sehr gut gelaufen und der TaxiBus auch von den Kunden sehr gut angenommen worden.

Abg. Krupp erläuterte noch einmal den Hintergrund des SPD-Antrages. Es seien etliche Beschwerden aufgelaufen, auf die man inzwischen seitens der Ahrweiler Verkehrsbetriebe zum Teil auch schon reagiert habe. Ein Kritikpunkt sei die „Bestellzentrale“, bei der die Anrufe nicht ordnungsgemäß erfasst bzw. den jeweiligen Verkehrsmitteln zugeordnet werden. Schwierigkeiten gebe es auch für die Kunden, bei auftretenden Problemen (z.B. wenn TaxiBus nicht kommt) einen adäquaten Ansprechpartner zu finden, der Abhilfe schaffen könne. Für ältere Menschen seien die Fahrpläne zu klein und unleserlich gewesen. Das habe man inzwischen abgestellt. Sie danke für die Nachbesserung. Ungeklärt sei noch, ob Kunden, die durch eine Verspätung der RB 23 ihren regulären Anschlussbus in Meckenheim verpassen, auch einen dort wartenden TaxiBus nutzen könnten, obwohl sie diesen nicht bestellt hätten. Ein weiteres Thema seien die zu hohen Kosten für Anrufe per Handy.

Abg. Krauß bemerkte, überrascht habe ihn die Beschwerde zu den Telefon-Kosten. Seit der Einführung des TaxiBusses sei man mit der einheitlich angebotenen Ruf-Nummer immer gut gefahren. Die Dispositionszentrale der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK) verdiene hieran auch nichts. Was die Umsetzung angehe, habe Frau Abg. Krupp recht. Auf dem Informationsblatt sei zwar die Ruf-Nummer, aber noch nicht einmal die Kosten/Anruf vermerkt, obwohl dies rechtlich vorgeschrieben sei. Wer sich über die grundsätzlichen TaxiBus-Tarife beschwere, der solle sich auch mal in anderen Kreisen informieren. Während der TaxiBus-Tarif im Rhein-Sieg-Kreis dem im normalen Linienbus-Verkehr entspricht, werden in anderen Kreisen Zuschläge/Fahrt verlangt (z.B. im Kreis Euskirchen: 1 €).

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies darauf hin, bei der Umstellung auf TaxiBus sei es auch sein persönlicher Wunsch an die AWV gewesen, die einheitliche und überregional akzeptierte Ruf-Nummer der RVK-Dispositionszentrale anzubieten.

Herr Schmitz, Geschäftsführer AWV, räumte ein, dass es bei der Umstellung Anfangsprobleme gegeben habe. Dies sei aber auch bei anderen Verkehrsunternehmen der Fall gewesen. Bezogen auf die zentrale Ruf-Nummer führte er aus, die AWV hatten bei der Erarbeitung des Konzeptes zunächst ihre eigene Ruf-Nummer vorgeschlagen, bei der lediglich die Kosten für ein Ortsgespräch angefallen wären. Gewünscht worden sei dann aber die einheitliche und überregional bereits bekannte Ruf-Nummer. Dies sei von den AWV akzeptiert worden, weil es auch Vorteile mit sich bringe. Zu dem fehlenden Gebührenhinweis auf dem Informationszettel bemerkte er, dies sei nur bei der 1. Auflage passiert. Inzwischen werde selbstverständlich - wie auch sonst bei den AWV üblich - auf die Telefon-Gebührentarife hingewiesen. Im Übrigen sei die Telefon-Nummer auch für die AWV kostenpflichtig. Die Verkehrsbetriebe zahlen Geld, um die zentrale Ruf-Nummer nutzen zu können. Dies sei so nicht eingeplant gewesen, aber gleichwohl toleriert worden, weil der Rhein-Sieg-Kreis mit den AWV bei der Erarbeitung des Konzeptes gut zusammengearbeitet habe. Die anfänglichen Wartezeiten in der Warteschleife seien auf die hohe Nachfrage (35 Anrufe/Tag für den Rhein-Sieg-Kreis) bzw. den höheren Informationsbedarf in der Umstellungsphase zurückzuführen gewesen. Inzwischen laufe es aber ganz gut. Ein Problem gebe es aber nach wie vor und dieses werde sich wahrscheinlich auch nie ganz lösen lassen, nämlich das Problem der langen Anfahrtszeiten. Das Konzept siehe eine Bestellzeit von 30 Minuten vor, die AWV habe aufgrund des ländlichen Raumes immer für 60 Minuten plädiert. Die Praxis habe gezeigt, dass zwar keine 60 Minuten benötigt werden, aber bei einigen Anfahrten die 30 Minuten auch nicht einzuhalten seien. Eine der häufigsten Beschwerden beziehe sich auf die „Mitnahme ohne Anruf“. Wenn das Fahrzeug an der Haltestelle stehe, können grundsätzlich auch Fahrgäste ohne vorherigen Anruf mitgenommen werden. Aber mit 9 Sitzplätzen sei das Angebot des TaxiBusses begrenzt. Die Entscheidung obliege im Einzelfall dem Fahrer, der bei Generierung der Fahrt genau mitgeteilt bekomme, wie viel Fahrgäste unterwegs noch zusteigen. Insofern könne es vorkommen, dass trotz freier Plätze keine „unangemeldeten“ Fahrgäste aufgenommen werden können. Der Grund für auftretende Verspätungen liege im Wesentlichen bei den Wartezeiten auf Anschluss-Züge. Der Linienbus habe 5 Minuten Wartezeitvorgabe, der TaxiBus 10 Minuten. Da die Fahrer in der Regel ihre Fahrgäste kennen, haben sie oftmals auch länger gewartet. Das ist jetzt aber noch einmal ausdrücklich untersagt worden, weil sonst der Fahrplan nicht eingehalten werden könne. Hierfür bitte er um Verständnis.

Abg. Krauß betonte nochmals, die einheitliche Ruf-Nummer sei wirklich sinnvoll. Seine Fraktion setze sich schon seit Jahren dafür ein, dass im gesamten Verkehrsverbund eine einheitliche Ruf-Nummer für alle bedarfsorientierten Verkehre angeboten werde. Er hoffe sogar, dass irgendwann einmal die Online-Buchung möglich sein werde. Die Einrichtung sei aufgrund der erforderlichen „Sicherheits-Registrierungen“ nicht so einfach.

Abg. Krupp schilderte einen Vorfall aus Rheinbach-Merzbach. Dort habe eine ÖPNV-Nutzerin den TaxiBus rechtzeitig bestellt, um samstags um 10.45 zum Bahnhof zu fahren. Nachdem der TaxiBus nicht gekommen sei, habe die Kundin erneut in der Zentrale angerufen. Die Buchung wurde ihr bestätigt, einen Grund für das Nichterscheinen des TaxiBusses konnte ihr aber nicht genannt werden. Eine spätere Verbindung gab es nicht. Abg. Krupp wollte wissen, ob es in solchen Fällen nicht doch noch eine Beförderungsmöglichkeit gebe bzw. wie die AWV mit solchen - hoffentlich

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

- Ausnahmesituationen - zukünftig umgehen wolle.

Herr Schmitz, Geschäftsführer AWW, erklärte, in einem solchen Fall würde die Dispositionszentrale der AWW angerufen und dann von dort schnellstmöglich ein Ersatzfahrzeug auf den Weg geschickt, notfalls auch ein Taxi-Unternehmer - natürlich ohne Mehrkosten für den Kunden.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, dankte den Vertretern der AWW für die Beantwortung der Fragen.

4	Kreisentwicklungsplan 2020 Potentiale des Schienengüterverkehrs in der Region Bonn/Rhein-Sieg	
---	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, begrüßte Herrn Dr. Esser vom Büro KE-Consult Köln und bat ihn um Vorstellung des Gutachtens.

Die Ergebnisse der gutachterlichen Untersuchung können der als **Anlage 3** beigelegten Präsentation entnommen werden.

Abg. Bausch dankte für den komprimierten Vortrag und erkundigte sich, inwieweit geplante Gewerbe-/ Industriegebiete bzw. beabsichtigte Erweiterungen vorhandener Standorte (z.B. am Industriestammgleis in Meckenheim) in die Überlegungen zur Potentialabschätzung des Güterverkehrsaufkommens auf der Schiene mit einbezogen worden seien.

Herr Dr. Esser antwortete, grundsätzliche Überlegungen seien zwar mit eingeflossen, konkrete Planungen von Gewerbeflächen seitens der Kommunen seien aber nicht berücksichtigt worden. Bei einer Neuansiedlung von Gewerbegebieten sollte man aber auf jeden Fall die Anschlusspotentiale an die vorhandene Schieneninfrastruktur als Vermarktungsinstrument nutzen. Gefragt seien hier vor allem mehr Informationen und Aufklärung über die Nutzungsmöglichkeiten und Kosten.

Abg. Krauß dankte dem Gutachter und allen Auftraggebern, die sich neben dem Rhein-Sieg-Kreis an der Finanzierung des Gutachtens beteiligt haben, wie der Bonner Hafenbetriebe GmbH, der Stadt Troisdorf, der Industrie- und Handelskammer Bonn/Rhein-Sieg und der RSE Rhein-Sieg-Eisenbahn GmbH. Er teilte die Einschätzung des Gutachters bezüglich eines KV(Kombinierter Verkehr)-Umschlagplatz-Standortes in Troisdorf, auch deshalb, weil der Standort Bornheim auf der linken Rheinseite aufgrund der Rheinquerung problematisch sei. Bonn-Beuel sei ein Umschlagplatz für Holz aus dem östlichen Rhein-Sieg-Kreis. Er wollte wissen, ob auch ein anderer Standort entlang der Siegstrecke im östlichen Rhein-Sieg-Kreis dafür in Frage komme. Weiter fragte er nach, ob ein Gleisanschluss für das Gewerbegebiet Königswinter-Niederdollendorf näher untersucht worden sei. Ebenso interessierte ihn ein ehemaliger Gleisanschluss in Sankt Augustin-Hangelar. In Bornheim-Hersel habe die HGK am 10.01.2013 die Stilllegung von Eisenbahninfrastruktur beantragt. Er erkundigte sich, ob auch Potentiale des Einzelwagenverkehrs untersucht worden seien.

Abg. Metz äußerte, es gehe im Wesentlichen um zwei Themenbereiche: Gleisanschlussverkehr und kombinierter Verkehr. Ein wichtiger Ansatzpunkt sei die Siche-

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

rung und Reaktivierung der vorhandenen Infrastruktur. Da, wo die DB Strecken aus- und umbauet, könne man beobachten, wie schnell Weichen verschwinden, weil sie als teuer gelten. Damit gehe aber auch die Möglichkeit verloren, ehemalige Firmen- gleisanschlüsse zu erhalten. Bei dem geplanten Ausbau der S 13 würde z.B. nach dem Planfeststellungsverfahren der Gleisanschluss in Sankt Augustin-Menden entfallen. Hierauf müsse man im weiteren Verfahren sicherlich ein besonderes Augenmerk richten. Auch müsse man auf die Kommunen zugehen, damit Gewerbeflächen, die über einen Gleisanschluss verfügen, dann auch langfristig gesichert werden. Herr Abg. Bausch habe bereits auf die Erweiterung des Gewerbegebietes und die Sicherung des Industriestammgleises in Meckenheim hingewiesen. Man müsse auch mit den lokalen Unternehmen, also der RSE Rhein-Sieg-Eisenbahn GmbH, aber sicherlich auch unserer RSVG, die ebenfalls über Betriebsmittel und Infrastruktur verfüge, Gespräche führen und klären, was diese Unternehmen in Zukunft noch leisten können und wollen. Beim kombinierten Verkehr teile er bezogen auf die Standortfrage für KV-Umschlagsanlagen die Auffassung des Abg. Krauß. In Konkurrenz zu Köln/Eifeltor sei es sicherlich besser, rechtsrheinisch (z.B. in Troisdorf) die Potentiale zu prüfen. Der Gutachter habe erwähnt, Köln suche ebenfalls nach einem rechtsrheinischen Standort. Falls man dort Kalk oder Gremberg präferieren würde, wäre dies aufgrund der geringen Entfernung für einen potentiellen Standort Troisdorf nicht so gut. Er fragte nach, ob es hierzu nähere Erkenntnisse gebe.

Herr Dr. Esser ging zunächst auf die Fragen des Abg. Krauß ein.

Es seien viele Gespräche zu einzelnen Standorten, auch mit den Unternehmen in der Region, geführt worden. Für die Strecke Beuel/Sankt Augustin-Hangelar werde kein Bedarf mehr gesehen. Im Bereich Bornheim-Hersel sei zurzeit kein Bedarf für Schienengüterverkehr vorhanden und auch für die Zukunft kein größeres Potential zu erwarten. Dies gelte ebenfalls für Königswinter-Niederdollendorf. Bezüglich der Einrichtung von sog. Umschlagsanlagen für den kombinierten Verkehr sei die Siegtalstrecke auch diskutiert, aber nicht näher untersucht worden. Aufgrund der hohen Auslastung im Personenverkehr und der Topographie wird es nicht als sinnvoll erachtet, an dieser Strecke einen Umschlagplatz zu errichten. Eine Investition in dieser Größenordnung mache nur Sinn, wenn der Standort wirklich nahe an einer Hauptstrecke liege. Bezogen auf die Frage des Abg. Metz äußerte er, in Köln werde zurzeit ein regionales Logistikkonzept entwickelt. Es gebe ein Logistikforum und es sei auch bereits ein Gutachten zu den Logistikströmen in Auftrag gegeben worden, inhaltlich sei man aber nach seinem Kenntnisstand noch nicht so weit fortgeschritten. Er glaube nicht, dass Kalk oder Gremberg als Standort für eine KV-Umschlagsanlage in Frage kommen.

Abg. Albrecht kam auf das Industriestammgleis in Meckenheim zurück und erkundigte sich, ob bei der Untersuchung der Potentiale auch bedacht worden sei, dass die RB 23 künftig ganztägig einen 15-Minuten-Takt bekommen werde. Einige Firmen hätten auch gekündigt oder seien grundsätzlich nicht bahnaffin. Er wollte wissen, ob im Rahmen des Gutachtens mit konkreten Unternehmen gesprochen worden sei, die auch Interesse am Schienengüterverkehr gezeigt hätten.

Herr Dr. Esser antwortete, man habe mit verschiedenen Unternehmen gesprochen. Diese seien aber zurzeit nicht von „der Schiene“ überzeugt, da es wirtschaftlich für ihr jeweiliges Unternehmen nicht sinnvoll sei. Die DB mache für solche „kleinen Segmente“ keine entsprechenden Angebote. Bezogen auf die RB 23 äußerte er, Einzelwagenverkehr sei grundsätzlich trotz einer 15-Minuten-Taktung möglich.

Abg. Tendler interessierte, wie die Verwaltung den Beschlussvorschlag realisieren

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

und umsetzen wolle und ob der Ausschuss weiter informiert werde. Er bat um nähere Erläuterung.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya antwortete, die Verwaltung spreche aufgrund der Empfehlungen des Gutachters insbesondere mit der Stadt Troisdorf, aber auch mit einzelnen Unternehmen, die aufgrund des Güteraufkommens ernsthaft Interesse am Schienenverkehr haben. Die in den letzten Wochen bereits begonnenen Gespräche sollen fortgesetzt und dabei folgende Fragen geklärt werden: Mit welchem Güteraufkommen kann gerechnet werden? Lohnt sich die Investition? Wer sind die Akteure? Sobald entsprechende Ergebnisse vorliegen, werde der Ausschuss selbstverständlich informiert.

Abg. Kitz sprach den kombinierten Verkehr Schiene/Schiff an, der theoretisch am Werkshafen in Niederkassel möglich sei. In den letzten Jahren habe es immer wieder kritische Äußerungen gegeben, dass in Düsseldorf und Köln die rechtsrheinischen Hafentflächen zu Gunsten von Wohnbebauung verschwunden seien und die restlichen, noch vorhandenen Flächen aufgrund der nahen Wohnbebauung nur noch eingeschränkt nutzbar seien. Inzwischen solle es von Düsseldorf bis Linz kaum noch eine Möglichkeit geben, Schiffsgüter zu löschen bzw. auf Container umzuladen. Vor einigen Jahren hätte man sich im Werk Lülldorf durchaus vorstellen können, dort einen Logistiker auf dem firmeneigenen Gelände anzusiedeln. Er wollte wissen, ob der Gutachter auf diesem Gebiet Potentiale sehe.

Herr Dr. Esser äußerte, diese Themen seien mit den entsprechenden Unternehmen, sowohl bei der EVONIK Degussa GmbH in Niederkassel als auch bei den Mannstedt-Werken in Troisdorf, diskutiert worden. Nach den bisherigen Aussagen sei die Bereitschaft der Unternehmen eigenes Firmengelände für externe Dritte zur Verfügung stellen, zurzeit nicht besonders ausgeprägt. Gleichwohl sei der Bedarf für eine Umschlagsanlage durchaus vorhanden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, dankte der Vorsitzende, Abg. Steiner, dem Gutachter Dr. Esser und stellte den Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Abstimmung.

**B.-Nr.:** **Der Planungs- und Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, auf der Basis der Ergebnisse des Gutachtens „Potentiale für den Schienengüterverkehr in der Region Bonn/Rhein-Sieg“ geeignete Standorte für die Umsetzung der Infrastrukturmaßnahmen zu suchen sowie deren Machbarkeit durch konzeptionelle Arbeiten (ggf. extern) zu prüfen.**  
**85/13**

**Abst.-** **einstimmig**  
**Erg.:**

<b>5</b>	<b>Mitteilungen und Anfragen</b>	
5.1	Stand der Verhandlungen zur Qualitätsvereinbarung Linie 66 mit der SWBV	

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.



16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
5.2	Taktverdichtung der Stadtbahnlinie 16 in der Hauptverkehrszeit zwischen Wesseling, Bornheim und Bonn Hbf - Sachstandsbericht -	

Abg. Krauß bemerkte, die Finanzierung des ÖPNV werde auch künftig ein dringendes Thema bleiben. Gerade für die Hauptverkehrszeit (HVZ) stehen nicht genug Fahrzeuge zur Verfügung. Die Linie 16 sei die einzige Stadtbahnlinie ohne Verstärkerfahrten. Eine Taktverdichtung sei aber vor allem in der HVZ dringend erforderlich. Insofern sollten die Gespräche auf jeden Fall fortgeführt werden.

Abg. Metz äußerte, vor dem Hintergrund des in den nächsten Jahren zu befürchtenden „Verkehrschaos“ sei es nicht nachvollziehbar, dass es Stadtbahnstrecken gebe, die in der HVZ noch nicht verstärkt worden seien. Gerade in dem betreffenden Bereich bestehe auch Ausbaupotential für P&R-Plätze einschließlich einem direkten Autobahnanschluss an die A 555. Insofern bitte er die Verwaltung, das Thema auch weiterhin hartnäckig zu bearbeiten. Die Verbesserung im ÖPNV werde dringend gebraucht, aber natürlich auch zu einem fairen Preis.

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, wies darauf hin, ggf. könne das Thema auch noch einmal in den VRS-Gremien thematisiert werden.

5.3	Barrierefreier Ausbau Stadtbahnlinie 16 - Sachstandsbericht zur Bahnsteiganhebung -	
-----	--	--

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya berichtete, wie in der Vorlage angekündigt, habe am 25.01.2013 auf Einladung des Bürgermeisters in Bornheim ein Gespräch mit Vertretern von HGK, KVB, SWBV, der Stadt Bonn und dem Rhein-Sieg-Kreis stattgefunden. Es sei über die unterschiedlichen Alternativen der Güterverkehrsoption auf dieser Strecke diskutiert worden. Hierzu habe es unterschiedliche Auffassungen gegeben. Zwischen der Stadt Bornheim und dem Rhein-Sieg-Kreis bestehe Einvernehmen, dass die Haltestellen zügig barrierefrei ausgebaut werden müssen. Die KVB und die SWBV unterstützen dies ausdrücklich. Allerdings bestehe die Stadt Bonn darauf, dass die Güterverkehrsoption weiter erhalten bleibe. Die HGK habe am 10.01.2013 im Bundesanzeiger die dauerhafte Einstellung des Betriebs auf dem Industriestammgleis Bornheim Hersel - Corus (ehemals VAW) bekannt gegeben. Bisher haben sowohl die Stadt Bonn als auch ein Speditionsunternehmen ihr Interesse am Erhalt der Güterverkehrsoption erklärt. Nach ausführlicher Diskussion habe man sich darauf verständigt, dass die HGK in Abstimmung mit der KVB die drei technischen Möglichkeiten zur Erhaltung der Güterverkehrsoption prüft und auch die Kosten grob kalkuliert:

1. das sog. Kasseler Modell
2. Versetzte Seitenbahnsteige an allen Haltestellen
3. Bauliche Maßnahmen, die den Güterverkehr zwischen Bonn-Bendenfeld und dem Corus-Gelände (ehemals VAW) optional ermöglichen

Die Stadt Bornheim, die KVB und der Rhein-Sieg-Kreis seien überzeugt davon, dass alle drei Optionen zu kostenintensiv seien und nicht aus ÖPNV-Mitteln finanziert werden können.

Abg. Krauß wies darauf hin, dass nach § 11 AEG ausschließlich Eisenbahnstrukturunternehmen ihr Interesse am Erhalt der Güterverkehrsoption erklären können. Eine Spedition gehöre nicht dazu.

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Abg. Metz äußerte Verständnis dafür, dass man durch den barrierefreien Ausbau die Güterverkehrsoption nicht für alle Zeiten ausschließen wolle. Aber klar sei doch, es gehe nur um die Aufrechterhaltung der Optionen. Die Maßnahmen müssten doch nicht jetzt umgesetzt werden, sondern erst dann, wenn die Gleise tatsächlich für den Güterverkehr genutzt werden. Nur die räumliche und technische Option müsse erhalten bleiben und das müsse auch ohne extrem hohe Kosten möglich sein.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya machte deutlich, der Rhein-Sieg-Kreis habe genau diese Position vertreten. Um welche Art Unternehmen es sich bei der „Spedition“ handle, könne er nicht sagen. Es müsse die Drei-Monats-Meldefrist abgewartet werden. Er gehe davon aus, dass die Ergebnisse der Prüfung der technischen Varianten bis zur nächsten Sitzung des Kommunalen Arbeitskreises Stadtbahnen Rhein-Sieg vorliegen werden.

5.4	"Zukunft des ÖPNV im kreisangehörigen Raum" Thesenpapier des Landkreistages NRW	
-----	--	--

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

<b>5.5</b>	<b>Aktuelle Mitteilungen und Anfragen</b>	
------------	---	--

5.5 a	Anfrage der CDU-Kreistagsfraktion vom 24.01.2013: Beabsichtigte Kürzung der Mittel für den Straßenbau in NRW	
-------	---	--

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, kündigte an, die Anfrage werde von der Verwaltung schriftlich beantwortet.

Abg. Bausch erkundigte sich insbesondere nach dem Sachstand „Ortsumgehung Gimmersdorf“.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya informierte, die Grundstücksverhandlungen seien noch nicht abgeschlossen. Die für die Umsetzung erforderlichen Mittel seien aber bereits für 2014 fest eingeplant. Von der jetzt angekündigten Mittelkürzung für den Straßenbau sei die Ortsumgehung in Wachtberg-Gimmersdorf nicht betroffen. Sobald es Fortschritte in dem Vorhaben gebe, werde der Ausschuss selbstverständlich sofort informiert.

5.5 b	Rheinbrückensanierung - Strategiekonferenz bei der Stadt Bonn am 29.01.2013 -	
-------	--	--

Der angekündigte Bericht der Verwaltung zur Strategiekonferenz bei der Stadt Bonn am 29.01.2013 erfolgte bereits im Rahmen der Beratungen zu TOP 2 a.

16. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 31.01.2013		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5.5 c	Parkplätze an der B 56 zwischen Bonn-Duisdorf und Swisttal-Buschhoven	
-------	---	--

Abg. Tendler fragte nach, ob es richtig sei, dass die Parkplätze geschlossen werden sollen, weil dort ständig Müll abgeladen werde.

Die Verwaltung sagte die schriftliche Beantwortung zu.

5.5 d	VRS-Förderprojekt "Kommunales Mobilitätsmanagement"	
-------	---	--

Abg. Krauß wies darauf hin, dass sich die Gemeinde Alfter im Rahmen der Ausschreibung des Projektes beworben habe. Diese Woche sei Alfter nunmehr als Förderkommune ausgewählt worden. Im Namen des Bürgermeisters, Herrn Schuhmacher, danke er an dieser Stelle ausdrücklich Herrn Dr. Berbuir für seine Unterstützung.

5.5 e	Ausbau der RB 23 - Öffentlichkeitsarbeit der Deutschen Bahn	
-------	---	--

Abg. Krauß berichtete, am 28.01.2013 habe die 1. Informationsveranstaltung für die Bürger und Bürgerinnen zum neuen Haltepunkt Bonn-Helmholzstraße stattgefunden. Es habe Beschwerden gegeben, weil die Einladung zu spät verteilt worden sei. Er bitte die Verwaltung, darauf zu drängen, dass die Informationen bei allen noch anstehenden Maßnahmen rechtzeitig und umfassend erfolgen. Die Informationspolitik der DB müsse kritisch begleitet werden.

Planungsdezernent Jaeger sicherte dies zu.

### Ende des öffentlichen Teils

### Nichtöffentlicher Teil

6	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo Steiner  
Vorsitzender

Ursula Hillebrand  
Schriftführerin